

# Landkreis Ravensburg

den 22. Jul. 2021

## Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses  
am 18.06.2021 im Verwaltungsgebäude Sauterleutestraße 34, Weingarten, Raum 009

Dauer 13:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 23 Mitglieder

### Anwesend:

#### stellvertr. Vorsitzende/r

Herr Dr. Andreas Honikel-Günther Erster Landesbeamter

#### CDU

Herr Roland Bürkle

Frau Margarete Eger

Herr Rolf Engler

Herr Josef Forderer

Herr Thomas Kellenberger

Herr Roland Sauter in Vertretung für KR Steiner

Frau Sonja Wild

#### FWV

Herr Markus Ewald

Frau Sandra Flucht

Herr André Radke

Frau Christa Stierle

#### Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf

Herr Gereon Guldenberg

Frau Carmen Kremer

Frau Elke Müller  
Frau Dorothee Natalis

SPD

Herr Peter Clément  
Frau Gisela Müller

FDP

Herr Benno Forderer

Die Linke

Herr Lars Raible

Protokollführung

Frau Dagmar Schöbel

von der Verwaltung

Herr Reinhard Friedel  
Herr Jörg Urbaniak  
  
Frau Andrea Müller  
Frau Sabrina Wangenheim

Dezernent Arbeit und Soziales  
Amtsleiter Sozial- und Inklusionsamt zu  
TOP 4  
Leiterin Stabsstelle Sozialplanung zu TOP 3  
zu TOP 6

Gäste

Herr Klaus Göppert  
Herr Heinz-Jürgen Höninger  
Frau Elvira Köhler

zu TOP 5  
zu TOP 5  
zu TOP 6

Abwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

CDU

Herr Peter Müller  
Herr Daniel Steiner

wird vertreten von KR Sauter

FWV

Herr Peter Smigoc

ÖDP

Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

#### **Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung**

3. 0080/2021  
"Pflege(platz)konzeption - sorglos älter werden im Landkreis Ravensburg"  
- Vorstellung des ersten Entwurfes

#### **Mitteilungsvorlagen**

4. 0192/2020  
Inklusion behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder in Kindergärten  
- Antrag der SPD-Fraktion vom 03.12.2020
5. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

### Nichtöffentliche Sitzung

#### **Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung**

6. 0074/2021  
Ehrenamtliche Patientenförsprecher/innen für den Landkreis Ravensburg  
- Neubestellung
7. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

## Öffentliche Sitzung

### 1. **Änderung der Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

### 2. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zum Protokoll der Sitzung vom 20.04.2021 liegen keine Änderungswünsche vor.

## Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung

### 3. 0080/2021

#### **"Pflege(platz)konzeption - sorglos älter werden im Landkreis Ravensburg" - Vorstellung des ersten Entwurfes**

KRin G. Müller begründet den Antrag der SPD-Fraktion vom 03.12.2020.

Frau A. Müller stellt den Entwurf der Pflegeplatzkonzeption anhand einer PPT-Präsentation vor.

KRin Fiegel-Hertrampf beanstandet die Schriftgröße der Mindmap als zu klein.

Herr Friedel sagt zu, die Mindmap auf A2-Format zu vergrößern und an die Ausschussmitglieder zu senden. Die zugehörigen Verlinkungen seien noch in Arbeit.

KR Engler betont, man benötige eine kurzfristige Entspannung der Pflegesituation, keine Pläne. Er fragt, wie die Zeitachse aussehe und was man zur Beschleunigung der Vorhaben unternehmen könne.

Frau A. Müller antwortet, in den bald hinterlegten Dokumenten werde die zeitliche Komponente sichtbar werden. Sie informiert über aktuelle Aus- und Umbauvorhaben zur Schaffung von neuen Pflegeplätzen. Das bisherige Förderprogramm werde in einer überarbeiteten Form nochmals ausgeschrieben.

KRin G. Müller bemerkt, für ein GeriNoVe-ähnliches Konzept in Leutkirch habe es bereits breite Unterstützung durch Bundestagsabgeordnete gegeben. Geschehen sei bisher nichts. Sie bitte darum, das Thema nochmals dort anzusprechen und „Rettung jetzt“ zu fordern. In der Entstehung befindliche Seniorengemeinschaften würden das akut bestehende Problem nicht lösen. Die dort Beteiligten seien noch jung, der Druck sei jedoch jetzt da. Von durch Krankheit betroffene Menschen wüssten oft nicht, wann genau eine Pflegesituation drohe und welche Leistungen konkret benötigt würden. Im Ernstfall würden Alleinstehende nur einige Tage überleben. Sie fordere einen „roten Knopf“, den man jederzeit, auch nachts, drücken könne, um Personen mit medizinischer Kompetenz anzufordern.

KR Kellenberger gefällt die Mindmap-Darstellung, die alle „kleinen Rädchen“ anschaulich mache. Die Bedarfseinschätzung bleibe jedoch schwierig. Im Grunde benötige man für jeden Fall eine Liste mit konkreten Pflegeangeboten im Umkreis von 25 km. Die Pflegekonferenz müsse Dinge schnell konkret und bekannt machen. Träger sollten dort gut vertreten sein, sich austauschen und Bedarfe abstimmen.

KR Clement erklärt, der Antrag seiner Fraktion habe sich auf „handfeste“ Maßnahmen bezogen, die schnell Erleichterung verschaffen sollten. Umliegende Heime könnten zur Ermittlung des konkreten Bedarfs befragt werden. Pflegeheime müssten ertüchtigt werden, um mehr Kurzzeitpflegeplätze anbieten zu können. Man solle sich jetzt mit Trägern zusammensetzen, damit etwas passiere. Die bisherigen Ergebnisse seien „kümmerlich“.

Herr Friedel teilt mit, man habe zunächst einen Gesamtüberblick geben wollen. Im nächsten Schritt seien Gespräche mit Bürgermeistern und Trägern sowie Priorisierungen geplant. Eine geriatrische Notfallversorgung werde angestrebt. Das 1-Millionen Euro-Programm sei nur schleppend angenommen worden. Tatsächlich habe nur ein Antrag vorgelegen. Es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass das Thema Pflege Bundesangelegenheit sei. Die Finanzierung müsse attraktiver gestaltet werden. Der Landkreis sei diesbezüglich „hilflos“.

Frau A. Müller berichtet von Gesprächen mit Trägern, in denen diese sich hinsichtlich weiterer Investitionen im Bereich der Dauerpflege auch aufgrund des Personalmanagements zurückhaltend zeigten. Die Vorhaltung und Schaffung von weiteren Kurzzeitpflegeplätzen scheitere an der unzureichenden Wirtschaftlichkeit durch ungünstige Refinanzierungsbedingungen. Betten würden aufgrund von Personalmangel leer stehen.

Die Mindmap werde kurzfristig mit Tabellen hinterlegt, auf die Homepage gestellt und fortgeschrieben, sofern die Träger damit einverstanden seien. Hinsichtlich des erwähnten GeriNoVe-ähnlichen Projektes in Leutkirch hole sie gern nochmals Informationen ein. Auch aus wirtschaftlichen Gründen würden Pflege-WGs an Bedeutung gewinnen. Ausgewiesene Nacht-Pflegeplätze gebe es im Landkreis nicht. Die Situation sei schwierig. Bei osteuropäischen Hilfskräften fehle es häufig an Expertise.

KRin Fiegel-Hertrampf wünscht einen Appell an die Pflegekassen hinsichtlich GeriNoVe und Kurzzeitpflege mit Unterstützung der Abgeordneten und der Öffentlichkeit. Sie erkundigt sich bei KR Ewald nach dem Sachstand bezüglich des ehemaligen Krankenhauses 14 Nothelfer.

KRin Stierle hält die Mindmap für ein gutes Instrument, um die Vielschichtigkeit der Akteure und Handlungsfelder sichtbar zu machen. Genannte Zahlen würden jedoch nichts darüber aussagen, wo es aktuell am meisten „brenne“. Sie rege eine zentrale Melde- und Vergabestelle für alle Plätze an, um das Verfahren transparent zu halten. Auch Menschen in Warteposition sollten einbezogen werden. Das Ziel, alle bestmöglich zu versorgen, halte sie für „zu wachweich“. Sie fordere kurz-, mittel- und langfristige Ziele unter Angabe der jeweiligen Akteure. Pflege-WGs seien zukunftssträchtig, da für sie ein anderer Schlüssel gelte und es andere Vorgaben, auch im Hinblick auf die fachliche Qualifikation des Personals, gebe. Pflegeplätze für Demente seien absolute „Mangelware“. Pflege-WGs nützten hier wenig.

KR Bürkle begrüßt die strategische Herangehensweise der Verwaltung. Die Nachfrage bei dem 1 Million Euro-Förderprojekt sei gering gewesen, weil nicht der Bau das Problem sei, sondern der tägliche Unterhalt. Über das Thema Pflege diskutiere man bereits seit 25 Jahren. Die Situation verändere sich ständig und verlange nach Anpassungen und neuen Reaktionen. Er appelliere an die Verwaltung und die Stadt Weingarten, über das Grundstück des Krankenhauses 14 Nothelfer miteinander ins Gespräch zu gehen. Der Kreistag entscheide in dieser Sache nicht.

KR Ewald informiert, das Krankenhaus 14 Nothelfer werde komplett vom Insolvenzverwalter vermarktet. Die Stadt Weingarten habe kein Vorkaufsrecht. Es gebe sehr unterschiedliche Bedürfnisse. Das Landratsamt solle aktiv werden. Bei Kurzzeitpflegeplätzen sei ein chronischer Mangel zu verzeichnen. Die Nachfrage werde weiter steigen. Bei weniger als 20 Plätzen rechne sich ein Angebot gegenwärtig jedoch nicht. Das sei falsch. Er bitte darum, mit diesem Thema auf die Abgeordneten zuzu-

gehen. GeriNoVe sei eine Einmal-Aktion gewesen, über deren Fortsetzung nur in Berlin entschieden werden könne. Der damalige Minister sei jedoch nicht mehr im Amt. Alle seien von GeriNoVe überzeugt, aber niemand sei aktuell bereit, den Abmangel zu finanzieren, den damals der Bund übernommen habe. Der Landkreis könne dies prinzipiell übernehmen.

KRin G. Müller betont, das Problem müsse öffentlich diskutiert und gelöst werden. Es sei nicht nachvollziehbar, dass man ein erfolgreiches Modellprojekt nicht weiterführe. Man könne nicht immer weiter Krankenhaustage reduzieren und keine Übergänge mit Kurzzeitpflege anbieten.

KR Clement erinnert daran, dass seine Fraktion im Rahmen des 1 Millionen Euro-Projektes auch für einen Betriebskostenzuschuss plädiert habe und nicht, wie die CDU-Fraktion, lediglich für einen Investitionskostenzuschuss.

KR Engler fordert dazu auf, einen Appell an Herrn Sozialminister Lucha zu schicken.

Herr Dr. Honikel-Günther fragt KRin Fiegel-Hertrampf, ob sie eine Resolution wünsche.

KRin Fiegel-Hertrampf antwortet, sie werde zu einem späteren Zeitpunkt einen Textvorschlag für einen Appell verfassen.

#### **Beschlussentwurf:**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des vorgestellten Konzeptentwurfes unter Berücksichtigung eventueller Anregungen aus der heutigen Sozialausschusssitzung sowie der Einbeziehung des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion vom 04.12.2020 die *Pflege(platz)konzeption* weiterzuentwickeln und fortzuschreiben.

**Beratungsergebnis:** einstimmig beschlossen

## Mitteilungsvorlagen

### 4. 0192/2020

#### **Inklusion behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder in Kindergärten - Antrag der SPD-Fraktion vom 03.12.2020**

KRin G. Müller begründet den Antrag der SPD-Fraktion vom 03.12.2020. Es sei positiv zu werten, dass die Vorlage auch beschreibe, wo es noch „hake“ und dass man das Thema nun systematisch angehe. Sie kenne alle Antworten aus dem Evaluierungsbericht und begrüße, dass die Kategorie „von Behinderung bedroht“ im Antrag nun entfallen solle. Viele würden das Formular an dieser Stelle gleich zerreißen.

KR Kellenberger möchte wissen, ob mit der erwähnten Anlauf- oder Koordinationsstelle im Sozialdezernat eine neue Struktur geplant sei. Außerdem sei bei den Fachleistungen nicht die Frage, wie viele Stunden zu welchem Stundensatz gewährt werden sollten, sondern die Realität sei vielmehr, dass man kein geeignetes Personal finde und die Zeit ohne Integrationskraft überbrückt werden müsse.

Herr Urbaniak antwortet, Vertreter der Träger hätten den Wunsch nach einer zentralen Anlaufstelle bei der Sozialverwaltung geäußert. Auch Eltern solle eine erste Stelle zur Verfügung stehen, an die sie sich direkt wenden könnten. Man stehe am Anfang eines Diskussions- und Abstimmungsprozesses. Eine Arbeitsgruppe mit freien und kommunalen Trägern zur Bearbeitung aller offenen Punkte werde noch gegründet.

KR Forderer stellt fest, das Problem liege nicht in der Beratung, sondern in der Umsetzung. In den Einrichtungen fehle das Personal, um den Bedarf abzudecken.

KR Bürkle bemerkt, man könne Eltern trotz Beratung zu nichts zwingen. Sie würden letztlich autonom entscheiden.

KRin Fiegel-Hertrampf schlägt vor, Kindergärten und Schulen, die betreuungsintensive Kinder aufnehmen, durch einen besonderen Schlüssel zu entlasten. Auf diese Weise könnten Gruppen verkleinert werden.

KRin Stierle findet es befremdlich, dass der Rücklauf mit nur 39 von 230 angeschriebenen Trägern so niedrig gewesen sei, und fragt, ob das Thema doch nicht von so großer Bedeutung sei.



Herr Dr. Honikel-Günther antwortet, die Rücklaufquote liege für derartige Befragungen im Bereich des Durchschnitts.

KRin Kremer fragt, ob es zwischen Sozial- und Inklusionsamt und Jugendamt Konflikte wegen der Zuständigkeiten gebe.

Herr Friedel antwortet, es gebe im Dezernat eine „Task Force“, die sich regelmäßig austausche. Potenzielle Konflikte und finale Zuständigkeiten würden bei ihm geklärt.

Herr Urbaniak ergänzt, diese Task Force treffe sich alle sechs bis acht Wochen. Nach außen hin werde immer mit einer Stimme gesprochen. Von 21 Stellen im Teilhabemanagement SGB IX seien aktuell 19,25 besetzt. Vor zwei Jahren seien es nur 5 Stellen gewesen. Mit dieser personellen Ausstattung könnten neue Organisationsstrukturen und Geschäftsprozesse implementiert werden. Bezüglich der Fachlichkeit des Personals bei Inklusionseinrichtungen seien die Vorschriften des SGB VIII zu beachten. Als Lösung des Problems seien gepoolte Leistungen in einer Kommune bzw. an einem Standort mit drei bis vier Kindern pro Gruppe möglich. Dies stehe auf der Agenda.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

## 5. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

KR Raible informiert über sein bevorstehendes Ausscheiden aus dem Kreistag aus gesundheitlichen Gründen und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Herr Dr. Honikel-Günther bedankt sich bei KR Raible für sein Engagement. Er begrüßt Herrn Klaus Göppert sowie Herrn Heinz-Jürgen Höninger als bereits durch den Kreistag bestellte neue Patientenfürsprecher.

Herr Göppert und Herr Höninger stellen sich vor.

Herr Dr. Honikel-Günther bedankt sich bei Herrn Göppert und Herrn Höninger für die Übernahme des Amtes und wünscht viel Erfolg bei der Ausübung.

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

**Sozialausschuss am 18.06.2021:**

**Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse**

**Angelegenheiten der Stabsstelle Sozialplanung**

6. 0074/2021

**Ehrenamtliche Patientenfürsprecher/innen für den Landkreis Ravensburg -  
Neubestellung**

**Beschlussentwurf:**

Frau Elvira Köhler wird zum 1. Juli 2021 für die Dauer von 4 Jahren, bis zum 30. Juni 2025, zur neuen Patientenfürsprecherin des Landkreises Ravensburg bestellt.

**Beratungsergebnis:** einstimmig empfohlen

7. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

**Beratungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

Z. B.

Vorsitzender

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführung

Dr. Andreas Honikel-Günther

Dagmar Schöbel

Kreisräte

Josef Forderer

Carmen Kremer